

AMOK-Alarm in Grundschule

Gifhorn, Lk. Gifhorn (Nds). Gegen 14:40 h löste ein bislang unbekannter Verursacher durch mutwilliges Hereindrücken eines Knopfes einen AMOK-Alarm in der Albert-Schweitzer-Schule (Grundschule) im Bauernkamp aus. Daraufhin eilten zahlreiche Streifenwagen der Polizei sowie mehrere Rettungswagen zum vermeintlichen Ort des Geschehens.

Schnell stellte sich heraus, dass sich vermutlich jemand einen üblen Scherz erlaubt hatte. Polizeibeamte stellten den missbräuchlich benutzten Alarmknopf im Schulgebäude fest. Etwa 80 Schüler, mehrere Lehrer und einige Reinigungskräfte hielten sich wohlbehalten in verschiedenen Räumen der Schule auf, sodass die Polizei schon kurze Zeit später Entwarnung geben konnte. Vorsorglich eingeleitete Absperrmaßnahmen konnten somit auch schnell wieder aufgehoben werden.

Nahezu alle Schüler hatten ohnehin um 15:30 h Schulschluss und wurden vielfach von ihren Eltern abgeholt. Die Beamten beruhigten Eltern und Schüler und erläuterten ihnen in zahlreichen Gesprächen die Situation. Unterstützung erhielten die Polizisten hierbei von Kriminalhauptkommissarin Liane Jäger aus dem Präventionsteam der Polizeiinspektion Gifhorn.

Text: Polizeiinspektion Gifhorn

Wie es der Zufall wollte, fast zeitgleich war die neue Niedersächsische Justizministerin mit der Generalstaatsanwaltschaft im Oberlandesgericht in Celle zum Thema Terrorismusbekämpfung zu Besuch.

Neben Gesprächen mit Vizepräsident Dr. Andreas Scholz und Generalstaatsanwalt Dr. Frank Lüttig sowie Beschäftigten von Oberlandesgericht und Generalstaatsanwaltschaft stand u. a. ein Besuch des Staatsschutzsaales des Oberlandesgerichtes und der Ermittlungsabteilung zur Terrorismusbekämpfung bei der Generalstaatsanwaltschaft auf dem Programm.

Am Ende ihres Besuchs zog die Ministerin ein positives Fazit: „Die Richterinnen und Richter sowie alle Angehörigen des Oberlandesgerichts Celle leisten hervorragende und hochqualifizierte Arbeit. Dasselbe gilt für die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte

und Beschäftigten der Generalstaatsanwaltschaft Celle“, betonte Havliza. „Insbesondere im Bereich des Staatsschutzes und der Terrorismusbekämpfung steht der Justizstandort Celle durch einen Anstieg der Terrorverfahren vor großen Herausforderungen. Mir ist es daher ein wichtiges Anliegen, den Standort personell und baulich angemessen auszustatten. Wir führen Gespräche, wie wir insbesondere die baulichen Rahmenbedingungen für Staatsschutzverfahren verbessern können“, so Havliza weiter, die vor ihrem Ministeramt als Vorsitzende Richterin eines Staatsschutzsenats selbst Terrorverfahren geleitet hat. Zur sicheren Durchführung von Staatsschutzverfahren und anderen Verfahren mit besonderem Gefährdungspotential gäbe es grundsätzlich zwei Optionen: Zum einen den Neubau eines Hochsicherheitsgebäudes oder den Umbau einer Bestandsimmobilie, beispielsweise einer leerstehenden Kaserne.



Der Vizepräsident des Oberlandesgerichtes Celle Dr. Andreas Scholz und der Generalstaatsanwalt Dr. Frank Lüttig waren erfreut, dass die Ministerin eine ihrer ersten Reisen nach Celle geführt hat. Dies verdeutliche die Bedeutung des Justizstandortes Celle. „Die nachhaltige Unterstützung durch Frau Ministerin Havliza bei unseren Plänen für einen neuen Staatsschutzsaal stimmt mich positiv, dass wir die Anstrengungen, die ein solches Projekt mit sich bringt, gemeinsam meistern werden“, äußerte Dr. Andreas Scholz. Der Celler Generalstaatsanwalt Dr. Frank Lüttig betonte die Notwendigkeit einer weiteren personellen Verstärkung seiner Behörde, insbesondere der Zentralstelle Terrorismusbekämpfung.

Text, Foto: Oberlandesgericht Celle